

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
11 (1897)**

46 (24.2.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-259909](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-259909)



Zinsgarantie leiste. Den Rath, ihre Begehrung aus eigener Tasche zu bezahlen, befehlen sie mir. Heute hat das Reichsfinanzministerium auf der Tagesordnung.

Mit der „großen einigen liberalen Partei“ ist es wieder nichts. Nicht einmal die beiden freirechtlichen Fraktionen können zu einer Verständigung kommen über die im kommenden Wahlkampf zu erledigende Taktik. Wohlenslang schon dauert der Streit über die „Anerkennung des Fraktionsbeschlusses“ und fädelweise sind Tinte und Druckerwärme an die Lösung dieses kniffligen Problems vergeudet worden. Aber schließlich ist der „Einigungsversuch“ jämmerlich gescheitert. Ueber den Ausgang desselben schreibt die „Nichterliche“ „Frei. Bl.“: „Die mündlichen Verhandlungen zwischen der freirechtlichen Volkspartei und der freirechtlichen Vereinigung, welche am Freitag Mittag stattfanden, haben zu einem Ergebnis nicht geführt, weil die freirechtliche Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schrittwechsel leitend der freirechtlichen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fraktionsbeschlusses zurückkam. Die freirechtliche Volkspartei machte dagegen den Vorschlag, statt von dem herab durch allgemeine Erklärungen von unten heraus unter Abstrichnahme der einzelnen Gegenden zunächst die übermäßig vorhandene Einigkeit der Wählerkreise festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegenstände in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorschlag wurde leitend der freirechtlichen Vereinigung rundweg abgelehnt. ... Unter diesen Umständen versprach bei der Grundverschiedenheit der Auffassungen über zweifelhafte Taktik und über das Verhältnis zu den Wählern eine weitere Verhandlung zur Zeit keinen Erfolg und muß nunmehr abgemindert werden, ob und wie weit der Fortgang der Wahlvorbereitungen selbst andere Grundlagen oder Auffassungen zur Herbeiführung einer Einigung mit sich bringt.“

Also nicht prinzipielle Differenzen, sondern persönliche Fraktionsinteressen hindern die feindseligen Brüder, sich den Veröhnungspfad zu geben. Wir müßten offen bekennen, daß wir es dem Herrn Richter und seinem Gefolge nicht verdienen können, daß sie sich von den Richtern, Barth, Radnicki u. nicht wollen einfach über den Kopf hinweg lassen. Denn auf eine unter „Brüdern“ sehr unpopuläre hinterlistige Wahltaktik läuft das ganze Manöver der freirechtlichen Vereinigung mit der Anerkennung des Fraktionsbeschlusses über die Kopfe der Wähler hinweg hinaus. Die kleinen Gemergel, Richter, Barth und Komfanten wissen genau, daß sie aus eigener Faust einen Teil ihrer Wahlkreis nicht halten können und sie möchten den Wählerkreis freizeichnen deshalb von vornherein in ihr Joch spannen. Auch dieser kleinen politischen Komödie kann man ungefähr ermeinen, was es mit der träumenden „großen liberalen Partei“ auf sich hat.

Die Verhältnisse im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ werden trefflich gekennzeichnet in einer Zuschrift, welche der Vorstand der elsäß-lothringischen Volkspartei an die Redaktionen unabhängiger Blätter gefandt hat. Sie lautet: „Länger als ein Vierteljahrhundert stehen wir elsäß-Lothringer als Bürger des Deutschen Reiches unter dem Druck einer Gesetzgebung, welche nicht nur mit allen modernen Anschauungen über die Verwaltung eines Landes und über die Rechte eines Volkes in Widerspruch steht, sondern auch eine normale Ausführung der neuen Verhältnisse vollkommen ausschließt. Wir haben eine Landesvertretung, die nach der Art ihrer Zusammensetzung stets ein Werkzeug der Regierung sein muß und die Stimmung des Volkes in keiner Weise wieder spiegelt, wir haben eine Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, welche jede öffentliche Landeshandlung und jeden Zusammenschluß gleichgerichteter Elemente zu hindern beizugehört.“

Wir haben eine Pressegesetzgebung, welche die Gründung politischer Zeitungen erschwert und der Presse Beschränkungen auferlegt, wie die, daß über Presseproteste nicht berichtet werden darf, außerdem seien strenge Bestimmungen über die Colportage der Verbreitung von Druckschriften lästige Schranken, wir haben ferner und vor allen Dingen den uns auf's Höchste erbitternden Diktatorparagrafen, der es unserer Regierung gestattet, ohne Rücksicht auf die bestehenden Gesetze diktatorisch jede ihr gut dänkende Maßnahme zu verfügen, insbesondere die erscheinenden Zeitungen ohne Angabe von Gründen zu unterdrücken und jeden Landesangehörigen ohne Angabe von Gründen des Landes zu verweisen. Mit einem Wort: wir sind gedrückt wie kein anderes Land des Deutschen Reiches. Die Bemühungen unserer Vertreter im Reichstage und Landesparlament um Erleichterung des Drucks, der auf uns lastet, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Die demokratische „elsäß-lothringische Volkspartei“ hat sich daher vor etwas mehr als Jahresfrist gebildet, um mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln und mit aller Entschiedenheit den Forderungen der elsäß-Lothringer Gehör zu verschaffen. Wir Volksparteier bemühen uns, der Stimmung des Volkes einen ungehinderten Ausdruck zu geben und halten es für unsere Pflicht, den Landesbehörden die Erbitterung der Reichslander über die ihnen widerfahrende Zurücksetzung zur Erkenntnis zu bringen. Unser gerechter Jorn hat dabei naturgemäß manch kräftiges Wort zur Folge, das aber vielen unserer Parteigenossen noch lange nicht

kräftig genug erscheint. Die Landesregierung, die für unser geduldiges Abwarten während einer 25jährigen Verdrängung kein Verdrängnis hatte, hat auch kein Verdrängnis für die Sprache eines Volkes, dem nunmehr die Geduld zu reifen beginnt. Der Statthalter führt zu Koblenz-Langenburg, in dem wir Anfangs unseren Bestand vermuteten, hat am 9. d. M. auf einen zu Ehren des Landesausflusses gegebenen Abendessen eine Ansprache gehalten, in der er bei „abgeleiteten“ Presse in verklärter Weise mit dem Diktator-Paragrafen droht, v. b. ihr die Unterdrückung durch einen einseitigen Willkürakt in Aussicht stellt. Ein Schrei der Entrüstung darüber geht durch das ganze Land. Wir können nicht mehr schweigen über unsere Unterdrückung, wir können nicht mehr ertragen, was für jedes der Selbstachtung noch nicht vollends bare Volk unentzählich ist. Der Gedanke des Verbotes unserer in Colmar erscheinenden Zeitung „Die elsäß-lothringische Volkspartei“ lehrt uns nicht, zumal wir hoffen können, daß ein weiteres Anstreben der Erbitterung unseres Volkes und der Erreichung unserer Ziele nur näher bringt. Aber wir möchten an alle gesinnungsgewandten deutschen Blätter hiermit ein „Entschuldig“ schreiben, für den Fall, daß die unabhängige einheimische Presse unterdrückt wird, sich unseres Landes anzunehmen und überflüssig zu protestieren gegen die Behandlung, die dem jüngsten Gliede des Deutschen Reiches fortgesetzt angethan wird. Ganz Deutschland soll unseren Nothleidern hören. Wir hoffen, wir bitten in fähigkeit, das er nicht unterschreibt.“ Die sozialdemokratische Presse wird, wie bisher, auch für die Zukunft nicht veräumen, die Willkürherrschafft in elsäß-Lothringen zu geißeln und zu bekämpfen.

**Frankreich.**

Paris, 21. Febr. Dem Präsidenten der französischen Republik, Herrn Félix Faure, wird durch die „Petite République“ eine unangenehme Geschichte aus der Zeit, da er noch Marineminister war, in's Gedächtnis gerufen. Das sozialistische Blatt hatte bereits am 15. Februar 1895 mitgeteilt, daß der Marineminister Faure mit der Reederei-Gesellschaft „Compagnie havraise péninsulaire“ einen Vertrag abgeschlossen, wonach die für den Transport von Material nach Madagaskar den ungeheuerlichen Frachtsatz von 90 Frs. pro Tonne erhielt. 1894 war Faure bestimmt, heute ist er vielleicht noch Minister seiner Republik. Nach Ersehen des damaligen Mittheilung der „Petite République“ haben Richter und Kaufleute von Nantes gegen die ungläubliche Leichtfertigkeit protestirt, mit welcher der Herr Faure zwei Millionen geschickt werden. In aller Form wurde erklärt, daß es einer Subvention der Döckhitzer des vorherigen Frachtsatzes 45 Frs. pro Tonne gemessen wäre. Heute kommt die „Petite République“ wieder darauf zurück und sagt: „Ansonst würde man versuchen, der Meinung über diese traurige Geschichte eine andere Wendung zu geben; die Thatsachen, welche wir bargelegt, sind nicht zu bestritten.“ Der alte Gedanke, dem persönlich nichts Unehrenhaftes nachzusagen war, mußte seiner Zeit dem Präsidentenwahlraum räumen, weil sein Schwiegersohn Wilson in schmutzige Geschäfte verwickelt war. Wird man bei Faure, um dessen eigene Person es sich handelt, nachlässiger sein? Glück hat er insofern, als gegenwärtig die Franzosen sich mehr mit Kreta, Griechenland und Ausland beschäftigen, als mit ihren eigenen Angelegenheiten.

**Italien.**

San Remo, 20. Februar. Die erste sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Italien hat das als städtischer Rarort wohlbekannte Städtchen San Remo erhalten. In der ersten kurzen Zeit ihrer Amtsbürokratie haben die sozialistischen Gemeinderäte bereits einen schönen Erfolg erzielt. Sie haben die regelmäßige Speisung der Schulkiner auf Kosten des Gemeindefonds befristet und am 16. d. M. haben die Spielungen, zunächst von 250 Schülern, ihren Anfang genommen. Die Maßregel wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt. Gehad doch endlich auch einmal etwas für das Volk, während die frühere Verwaltung nur auf die Wohlthat der Rutzgäbe und damit auf den Vortheil der Hoteliers und Grundbesitzer bedacht war.

**Spanien.**

Die Grenz in Barcelona. Die „Frankf. Bl.“ hat auf die Kunde von den eusephischen Lorturen, denen die gefangenen Anarchisten in Barcelona ausgehört worden sind und über die wir ausführlich berichtet haben, einen Sonderberichterstatter in Spanien deplaciert, dort an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen. „Ich muß nun leider gestehen — so schreibt er in seinem Bericht —, daß ich die festeste Ueberzeugung gewonnen habe, daß die in der Presse bereits erschienenen Angaben über die graufigen Vorgänge in Barcelona durchaus den aus dem „Socialist“ und der französischen Presse geschöpften Thatsachen entsprechen, ja, vielleicht noch unter der Wahrheit stehen. Vor dem Kriegsgericht erklärte Francisco Galis, José Rojas, Antonio Rogós, Sebastian Santer und selbst Louis Ras, der insofern übermächtigsten Causal wahrscheinlich geworden ist, daß sie dieselben machten, bezeugt durch den Hunger, den Durst, die Müdigkeit, die Schlaflosigkeit, nachdem sie unzüchtige Prügel erhalten, nachdem

ihnen die Geschlechtstheile percutirt worden, nachdem sie Tage lang den Mundtaffel getragen, wobei die Handflächen und Schenkel, deren Gliedmaßen ihre Muskeln verlorchen, nachdem sie einen ganzen Körper mit glühendem Eisen verbrannt worden waren.“ Es sind ungenügend Frenel von den spanischen Denkersuchen und Wählerkreisen verübt worden, Frenel, die die stürftige Unterdrückung jedes gestifteten Menschen herausfordern, um so mehr, als die Grenz zum Teil an Menschen verübt worden sind, deren Verbrechen darin bestand, daß sie in den Wirklichkeiten zur Heil der Bekannten Ankerate angewandt waren, in welchen die Anarchisten gewöhnlich verkehren.

**Oldenburgischer Landtag.**

Sigung vom Freitag den 19. Februar.

(Fortsetzung aus voriger Nummer.)

Berathung über Antrag, das Dienstlohn für Lehrer an Mittel- und Vorgesetzten zu erhöhen. Abg. Roggemann: Der Abg. Bunge habe erklärt, die Staatsregierung müsse sich den gestellten Beschlüssen fügen; kann diese für die ausführenden Beschlüsse bei Landtag. Er würde es im Interesse der Lehrer sehr bedauern, wenn die Vorlage an einer solchen Auffassung scheiterte. In der Stadt habe man seinen Unterschied zwischen Haupt- und Nebenlehrern, die Stadt lerne den Lehrer sein Ansehen. Die Vorlage solle sich nicht für die Stadt Oldenburg. Die Stadt Oldenburg habe den Lehrern von jeder mehr gegeben, als was sie verpflichtet sei. (Reher legt die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in der Stadt Oldenburg dar.) Der Lehrer der Stadt Oldenburg konnten keine Klage führen über unzulänglichem Gehalt, er war nur 2. Klasse einen Antrag, der sich auf die Stadt Oldenburg beziehe, einbringen.

Abg. Bunge: Er habe gefügt, wenn die Staatsregierung ihren Antrag nicht aufgeben, so gebe der Landtag den Antrag nicht an. Es seien unterzeichneten Passiv habe die Regierung nicht honorirt. Es seien so viele Unklarheiten in dem Geset, daß es sehr zu wünschen sei, wenn dem Landtag einmal ein klares, bestimmtes Gesetz vorgelegt werde.

Abg. Bunge: Unklarheiten einmal auch der Gehalt.

Abg. Bunge: Die Wünsche der Zeit seien nicht danach angethan, ein neues Schulgesetz abzuschließen. Hier sei ersten Anträge der Schulbehörde werden. Die Vorlage solle nach kurzer Berathung auf die weiteren Anträge bis 8, bis 9 bis 13, betr. die bestimmte Anstellung. Dann folgt Berathung über den Antrag 14, monach das Nebenlehrergelalt von 650 auf 700 M. erhöht wird. Abg. Bunge: Nach Anhören des Antragstellers ist das seine Verbesserung; von 650 M. kann nicht alles bestritten werden. Die jungen Leute werden sich ihrem Unterhalt addieren müssen, das sei zu betonen. Antrag 15 bis 21 betreffen die bei der Gehaltsfrage über unzulänglichem Gehalt der Lehrer und Hauptlehrer, Vorschläge und Wohnungsentwöhnung. Derselben schlagen die bereits früher mitgetheilten Änderungen vor. Er frage sich, daß die Regierung für Aufhebung der Anstellung sei; denn bei dem neuen Gehalt der Lehrer würden sich die Gehälter der Lehrer stellen. Er bedauere, daß die Crispelage für Nebenlehrer um 50 M. erniedrigt worden sei.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

Abg. Bunge: In der Stadt, Oldenburg, Schullehrer müßte unbedingt die Crispelage gegeben werden, in Stadt Oldenburg ist die Gehaltsfrage.

von reichlich 155.000 M., würde durch solche Bestimmungen bausend auf die Landeskasse verfallen. Die Ausgaben für das landwirthschaftliche Betragen jährlich 700.000 M., das sich 3 Monate der Sommermonate, wenn der Betrag des landwirthschaftlichen Betragen an Kosten der Feuerversicherer Schulden demnach auf Kosten der Landeskasse.

Abg. Roggemann: Es sei u. a. auch eine große Unklarheit, daß die Stadt Oldenburg zu allen Schulstellen des Landes beitragen müßte, während sie ihrer Schulstellen ganz allein trage.

Abg. Meyer: Wenn es so verhalte, alles auf die Landeskasse zu wälzen, dann müßte man im Grunde sein, an einseitigen Tragen der Schulstellen zu lassen. Die Schulden müßte nicht reine Staatslast werden, sondern müßte Gemeinbesitz bleiben.

Abg. Bunge: Die Schule sei schon Staatslast, nicht Gemeinbesitz, er begreife also nicht, wie der Abg. Meyer zu her fordern gebühren könne. Ferner, um eine gleichmäßige Vermehrung der Gemeinden zu den Schulstellen möglich zu machen, müßte natürlich auch die Stadt Oldenburg herangezogen werden, nur alle verminderten Gemeinden, und das könne sie sich guttun. Eine dauernde Kost müße ja durch die Verbesserung der Verhältnisse entfallen, aber wenn man jetzt, bei dem an dem bittig. Vor zwei Jahren sei es auch das Gehalt der übrigen Staatsbeamten angehebert. Auch mit der Reduktion dieser Bestimmungen sei noch nicht einig, was der Lehrer gefordert, er fürchte, nach wenigen Jahren würden die Lehrer wieder mit Klagen kommen, und das liege nicht im Interesse des Landes und der Lehrer.

Abg. Roggemann: Die Debatte beginnt dann der übrige Theil der Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission zu kommen.

**Aus Stadt und Land.**

Sam., 23. Februar.

Alters- und Invaliditätsversicherung. In verschiedenen Blättern findet sich die Frage: „Weshalb Invalidität, Alters- und Unfallrenten noch Beitragsmarken haben und bis wann?“ unter Bezeichnung auf eine angebliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts in einer Weise beantwortet, die zu schmerzlichen Irrthümern führen kann. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Reichsversicherungsamt eine Entscheidung in dem dort angegebenen Sinn nicht ertheilt hat und nicht ertheilen konnte und daß das Gesetz selbst darüber die dünglichen Bestimmungen giebt. Danach liegt die Sache so: Beitragsmarken muß entfallen, nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt; daher müssen Altersrentenempfänger in der Regel weiter arbeiten, wenn nur erwerbsfähigen 70jährigen kann eine Altersrente bewilligt werden. Invalidenrentenempfänger sind in der Regel arbeitsunfähig und daher ist ein erwerbsunfähiger und daher in der Regel eine weitere versicherungspflichtige Beschäftigung nicht ausübend. Bei Unfallrenten liegt die Sache verchieden, je nachdem die Unfallversicherung eine vollständige oder nur theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat oder nicht. Entfällt eine Unfallversicherung eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht ausübend kann, ist er zur Arnterwendung nicht verpflichtet, andernfalls kommt es darauf an, ob seine Unfallrente den Mindestbetrag der Invalidenrente, d. i. 114 Mark 70 Pf. übersteigt oder nicht. Übersteigt kann er nach § 4 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 den Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht bei der zuständigen Verwaltungsbehörde stellen, letzterem die Nichter nach wie vor versicherungspflichtig.

Eine Anthion von circa 400 Kubikmeter altem Brennholz findet am Donnerstag den 25. d. M., Mittags 12 Uhr, auf der fastlichen Werft bei Thor IV statt.

**Bielefeld, 23. Februar.**

Bürgervertreterkollegium. In der gestrigen Sitzung des Bürgervertreterkollegiums wurde zunächst über die Revision der Rammereikasse durch den Bürgermeister berichtet. Es fand sich nichts dabei zu erinnern. Dann folgt der Bericht über die Revision der Jahresrechnung 1895/96. Der Bericht wurde von den Revisoren die vollständige Entscheidung des technischen Beiraths pro Stunde 1.00 M., die mangelnde Spezifikation einiger Rechnungen für Reisen im Interesse der Stadterwaltung und daß der Magistrat bei der Kranenhausrechnung demängelt habe, daß die Letzte zum Zwecke der Operation solche Kranen in's Kranenhaus bringen, die ihrer sozialen Lage nach sonst nicht dahin gehen würden. Das Kollegium ist der Meinung, daß es eine solche Benutzung des Operationszimmers im Dienste der Allgemeinheit nur gut heißen könne, denn in ganz wenigen Familien seien Raum und Verhältniß bereit, daß größere Operationen in der eigenen Wohnung besichtigt ausgeführt werden könnten. Bezüglich des technischen Beiraths sprach das Kollegium den Wunsch aus, daß derselbe wieder wie früher mit einer Jahresrechnung abgehandelt werden sollte. Darauf wurde die Debatte ertheilt. Das Kollegium bewilligte sodann für die Gewerkschule einen Zuschuß von 850 M. für Heizung und Licht und für die Beschaffung von Rodellen zum Zeichenunterricht 250 M. Die erste Position wird alle Jahre wiederkehren. Dann folgte die Verathung des Status der Dienstbotenrentenversicherungsbank. Danach soll jeder Dienstbote, dessen Herrschaft sich zur Mitgliedschaft bekennt und einen Beitrag von 8 Mark pro Dienstbote und Jahr bezahlt, 6 Wochen Arzt und Medizin, bzw. Hospitalbehandlung erhalten. Außerdem haben die Herrschaften ein Eintrittsgeld von 2 Mark zu zahlen. Haben sie zwei oder mehr Dienstboten, so haben sie für jeden 1 M. mehr zu zahlen. Bei Geschlechtskrankheiten oder Schwangerchaft tritt die Anzahl nicht ein. Ebenso sind Dienstboten, die nicht Wohnung bei der Herrschaft haben (Stundenmädchen),



# Ueberzeugen Sie sich von den enormen Vortheilen, welche wir in unserem Räumungsverkauf bieten!

Da mit dem ganzen Lager bis Mitte März, vor dem Umzug in unser neues Geschäftslokal, geräumt sein soll, so sind die Preise für sämtliche Waaren ganz bedeutend ermäßigt und bieten wir unserer Kundschaft Gelegenheit, gute, gediegene Waaren billig einzukaufen. Diese Woche sind zum Verkauf aufgelegt:

Bett-Inletts, Bettdecke, Daunenkörper und Atlasse, Bettdamaste, □-Bettzeuge, Bettkattun, Betttuchleinen und Halbleinen, Bettdecken usw.

Der noch übrig gebliebene Rest von Damenwäsche: Damenhemden, Nachjacken und Beinkleider wird zu jedem annehmbaren Preis abgegeben.

## Wulf & Francksen.

**Safir Achmend Aratas**  
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

Wir eruchen die bekannte Persönlichkeit,

die uns eine Nähmaschine und eine Nähmaschine, zusammen im Werte von 65 Mark, heimlich abgeliehen haben, die Gegenstände bis spätestens 25. Februar wieder an Ort und Stelle zu schicken, da wir von diesem Tage an Selbstverwendung für dieselben haben; andernfalls werden wir gerichtliche Anzeigen machen.

E. Sadewasser & Sohn.

### Zur Konfirmation

In schwarzen und farbigen

### Kleiderstoffen

sind Sie noch große Auswahl im Total-Ausverkauf von

**Ad. Schumacher**  
Roonstrasse 78

zu bekannt billigen Preisen.

Prima hiefiges  
**Flomen-Schmalz**  
à Pfd. 60 Pf. empfiehlt  
A. Sevie, Neue Wilh. Str. 12.

**Safir Achmend Aratas**  
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

### Wohnungs-Veränderung.

(Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend die Anzeige, daß wir unsere Wohnung nach

**29a Marktstrasse 29a**

in das Haus des Herrn **Siegm. Oss jun.** verlegt. Gleichzeitig empfehlen wir uns zu allen in unser Fach schlagenden Arbeiten bei sauberer Ausführung und billiger Preisstellung.

Hochachtungsvoll

**Bock-Metzner & Meincke,**  
Maler, Marktstraße 29a.

### Geschäfts-Empfehlung.

(Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß wir uns als

**Maler u. Wagenlackierer**

Neubremen, Grenzstraße 29

niedergelassen haben. Gleichzeitig empfehlen wir uns zu allen in unser Fach schlagenden Arbeiten bei sauberster Ausführung und billiger Preisstellung und bitten um gütigen Zuspruch.

Achtungsvoll

**F. Assen, W. Schwarting,**  
Neubremen, Grenzstraße 29.

### Schiffbau-Gesangverein.

#### Einladung

zu dem am **Freitag den 26. Februar 1897** im Saale des Herrn **Lippert** („Zehnpalle“), Vorbringen, stattfindenden



### Maskenball

Großartige Aufführungen und Ueberraschungen.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Auf 7 Uhr 59 Min. Demaskierung 12 Uhr.

Karten für Herren 1,25 Mk., Damen 0,75 Mk., Zuschauer 0,50 Mk. sind zu haben bei den Herren **Lippert** (Zehnpalle), Restaurateur Grube, Wallstraße, Barbier **Gerdersmann**, Schulstraße, Barbier **Pape**, Bismarckstraße, Barbier **Koltenbusch**, Alte Straße, sowie bei sämtl. Mitgliedern u. Abends an der Kasse. Zuschauer können unter Nachzahlung von 30 Pf. nach der Demaskierung am Ball theilnehmen.  
Der Vorstand.

### Gesangverein „Philharmonia“.

Das für dieses Jahr geplante **Kappenfest** findet Umstände halber nicht statt.

Der Vorstand.

Folgende Sorten

### Bettfedern

halte stets auf Lager:

Wollfedern	pr. Pfd. 0,50	4
Reinfedern	„	1,00
Reinfedern	„	1,25
Weißer Gänsefedern	„	1,80
Weißer Gänsefedern	„	2,00
Weißer Gänsefedern	„	2,50
Weißer Gänsefedern	„	3,00
Prima-prima Gänsefedern	„	3,80
Damen in verschiedenen Preislagen.		

### Betten

mit entsprechender Füllung werden zu den billigsten Preisen geliefert.

**Herm. Högemann**  
A. G. Diekmann Nachf.

### Stohlenjäure

à Flasche, 10 Kilo enthaltend, zu 7,50 Mk. empfiehlt

**R. Herbers, Bierverf., Bant.**

### Atelier für künstliche Zähne

von **P. Karow**

Gökerstrasse 5, 1. Et. 1.

Ecke Bismarckstr.

Anterfertigung einzelner Zähne sowie ganzer Gebisse. Füllen in Gold, Silber, Emaille. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen billigst.

Sprechstunden auch an Sonn- und Feiertagen.

**Safir Achmend Aratas**  
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

### Verloren

ein goldenes Medaillon mit kleiner goldener Kette. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei

**H. J. Hemmen,**  
Königh. 11.

### Rantschuck-Stempel

in allen Sorten und Preislagen liefert schnellstens

**G. Buddenberg**  
Neue Wilhelmshav. Str. 3.

### Geburts-Anzeige.

Die glückliche Geburt einer gesunden, kräftigen Tochter zeigen hoch erfreut an

**H. Flaake und Frau.**

### Danksgiving.

Für die vielen liebevollen Beweise und Zeichen der Theilnahme beim Ableben meines lieben Mannes sowie bei dessen Beerdigung sage ich meinen tiefgefühltesten Dank.

Bant, den 23. Februar 1897.

**Selene Heeren**  
nebst Angehörigen.

### Danksgiving.

Für die Beweise herzlichster Theilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Anni, insbesondere dem Herrn Pastor **Robbs** für die tröstlichen Worte am Sarge sagen wir unsern innigsten Dank.

**G. Stecker und Frau.**

**Safir Achmend Aratas**  
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent!